

»Wir vollziehen eine globale Zeitenwende.«

Interview mit Antje Leendertse, Ständige Vertreterin Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York, über deutsche UN-Politik, Prioritäten für den Zukunftsgipfel im Jahr 2024 und Perspektiven einer Sicherheitsratsreform.

Patrick Rosenow: In diesem Jahr jährt sich die deutsche Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zum 50. Mal. Zunächst als Feindstaat deklariert, gab es von 1973 bis 1990 zwei deutsche Staaten, dann ab 1990 ein wiedervereinigtes Deutschland, das seitdem unter ›Germany‹ Mitglied in den UN ist. Welche Bilanz ziehen Sie für diese Zeit?

Antje Leendertse: Die ersten Jahre bis zur Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 waren stark vom Kalten Krieg geprägt: Beide deutsche Staaten, die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR), sind den UN am 18. September 1973 getrennt beigetreten. Durch unsere Statusfrage, die so genannte ›deutsche Frage‹ und den Umgang damit in Europa und der Welt, waren wir sehr daran interessiert, uns als verlässlicher Partner zu zeigen. Allerdings gab es hier gewisse Grenzen. Den Anspruch, zum Beispiel, nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, hat Deutschland erst nach 1990 formuliert. Denn vorher, als getrennte deutsche Staaten, konnten wir dies selbstverständlich nicht fordern.

In der Zeit vor 1990 gab es Bereiche, wie etwa die militärische Beteiligung an UN-Friedensmissionen, bei denen eine deutsche Mitwirkung aufgrund

unserer Statusfrage nicht denkbar war. Andere Bereiche, wie Menschenrechte, waren aber bereits damals für uns ein Schwerpunkt. Seit der Wiedervereinigung haben wir unser Handlungsfeld in den UN deutlich erweitert und zum Beispiel eine lange Tradition deutscher Beteiligung an den Friedensmissionen aufgebaut – in ziviler, politischer und militärischer Hinsicht.

Das wiedervereinigte Deutschland ist seitdem regelmäßig im Sicherheitsrat vertreten gewesen und bewirbt sich erneut für einen nichtständigen Sitz in den Jahren 2027/2028. Als eine besondere Herausforderung werden sich die meisten an die deutsche Ratsmitgliedschaft in den Jahren 2003 und 2004 erinnern, als es um den Irak-Krieg ging und um die Frage, ob der Sicherheitsrat ein Mandat für eine US-Intervention erteilen soll. Das war eine Zeit, in der die Frage der Verantwortungsübernahme plastisch geworden ist, weil wir uns gemeinsam mit dem ständigen Sicherheitsratsmitglied Frankreich unseren engen Partner USA in einem zentralen außenpolitischen Anliegen nicht unterstützt haben. Deutschland wollte damals nicht einem Mandat für eine US-Intervention in Irak zustimmen. Im Rückblick war dies ein Schritt in Richtung eines außen- und sicherheitspolitischen Erwachsenwerdens, er dokumentierte eine größere Eigenständigkeit und Verantwortungsübernahme.

Das prägt das Bild von Partnern bis heute. So heißt es nicht nur, ›ihr seid ein großzügiger Geber‹, sondern auch, ›ihr seid bereit, Fragen der Gerechtigkeit, der Verteilung von Ressourcen bei der Entwicklungszusammenarbeit, bei humanitären Angelegenheiten, bei der Bewältigung der Klimakrise und deren Folgen, Fragen der Pandemie und Frieden und kollektive Sicherheit gestaltend mit viel politischer Energie anzugehen‹. Man traut uns zu, zur Wahrung des Völkerrechts auf Grundlage unserer eigenen fundierten Meinung zu agieren. Das war und ist unser Beitrag zur Glaubwürdigkeit und zur Unterstützung der UN-Charta. Das hat sich in Teilen bei der vielkritisierten Enthaltung Deutschlands bei der Abstimmung zu einer militärischen Intervention in Libyen im Jahr 2011 wiederholt.



Antje Leendertse (Mitte), Ständige Vertreterin Deutschlands bei den Vereinten Nationen, und der Ständige Vertreter Namibias Neville Gertze (l) während informellen Konsultationen zum Zukunftsgipfel.

UN PHOTO: LOEY FELIPE

Wir waren skeptisch und haben uns deswegen enthalten. Auch darauf werden wir immer noch von einigen Delegierten angesprochen. Zugleich wissen natürlich unsere Verbündeten, dass wir ein berechenbarer Partner sind und solche Entscheidungen niemals leichtfertig treffen.

In welchen anderen Bereichen – außer Frieden und Sicherheit –, hat Deutschland eine relevante Rolle eingenommen und wofür steht Deutschland heute in den Vereinten Nationen?

Wir sind ein sehr verlässlicher Partner des UN-Systems insgesamt. Deutschland ist zweitgrößter Beitragszahler nach den USA für humanitäre und Entwicklungshilfe, die unter anderem durch das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – OCHA) oder das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (Office of the United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR) koordiniert werden. Wir werden auch in Zukunft ein Pfeiler des UN-Systems bleiben, weil wir auf den Multilateralismus setzen – aus Überzeugung, aufgrund unserer geografischen Lage, aber auch unserer Geschichte.

Wir helfen nicht nur den Menschen, die besonders schwer von der Klimakrise oder Konflikten wie in der Ukraine, Syrien oder am Horn von Afrika betroffen sind, sondern leisten auch einen Beitrag, das UN-System als Ganzes zusammenzuhalten. Deutschland ermöglicht es den UN, in der humanitären Hilfe dort tätig zu werden, auch da, wo andere Akteure nicht mehr helfen können. Das kann dann nur diese prinzipiengeleitete und von allen akzeptierte Organisation der Vereinten Nationen übernehmen.

Genauso gilt das für das Entwicklungssystem: Viel geschieht hier über die Europäische Union (EU) und bilateral. Aber die Stütze, die wir dem UN-Entwicklungssystem geben – und wir haben mit Achim Steiner einen Deutschen an der Spitze des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) – ist unabdingbar. In manchen Staaten, besonders fragilen, ist das Engagement der Vereinten Nationen ausschlaggebend, um sie vor dem Zusammenbruch oder erneuten Konflikten zu bewahren. Das ist ein Beitrag, der sich auch aus der nationalen Erkenntnis entwickelt, dass Probleme zu uns kommen, wenn wir sie nicht adressieren.

Deutschland ist für die Vereinten Nationen durchaus systemrelevant, weil es nicht viele andere Staaten gibt, die sich so einbringen wollen oder können. Unser künftiges UN-Engagement wird mit Blick auf globale Zukunftsfragen etwa bezüglich der Klimakrise oder der Folgen der Digitalisierung umso wichtiger werden.

Antje Leendertse

Die deutsche Diplomatin und Botschafterin Antje Leendertse ist seit September 2021 Ständige Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York. Mit einer umfangreichen Expertise in der internationalen Diplomatie hat Antje Leendertse in verschiedenen Positionen im Auswärtigen Amt gearbeitet: Im Jahr 2009 wurde sie Leiterin des Referats Westlicher Balkan im Auswärtigen Amt. In der Folgezeit avancierte sie zur Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zur Leiterin des Arbeitsstabs für den deutschen Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2016. Im Jahr 2017 wurde sie Botschafterin und Ständige Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf. Nach einem Jahr kehrte sie nach Berlin ins Auswärtige Amt zurück, wo sie zunächst die Position der Politischen Direktorin innehatte, bevor sie schließlich unter Minister Heiko Maas Staatssekretärin im Auswärtigen Amt wurde.

Wo liegen in diesem Zusammenhang die eigenen nationalen Interessen Deutschlands und wie nehmen andere Staaten im UN-System diese wahr?

Ich würde es nicht nur als nationale Interessen definieren, sondern auch als Wertefragen, die in unserer außenpolitischen Haltung sichtbar werden. Wir treten aktiv dafür ein, dass die UN-Charta, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und alle Errungenschaften aus dem Völkerrecht und dem internationalen Menschenrechtssystem geachtet werden. Insbesondere die Rolle der Frauen und Mädchen adressieren wir schon seit langem im Rahmen der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit (Women, Peace and Security – WPS), was wir durch die feministische Außenpolitik verstärken möchten. Dies verstehen wir als transformativen und wertebasierten Ansatz. Dazu gibt es natürlich nicht nur Zustimmung.

Im Fall Irans etwa, wo die Menschenrechte bei der Niederschlagung der Demonstrationen mit Füßen getreten werden und wovon die protestierenden Frauen besonders betroffen sind, haben wir uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass der Menschenrechtsrat (Human Rights Council – HRC) in Genf einer Ermittlungsmission zu den Menschenrechtsverletzungen gegen Protestierende in Iran zugestimmt hat und so ein deutliches Zeichen für Rechenschaftslegung gesetzt wurde.

Ein anderes Beispiel ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine: Hier haben wir dazu beigetragen, dass die Staatengemeinschaft den russischen Angriffskrieg mit überwältigender Mehrheit als Verletzung der UN-Charta verurteilt hat. Diesem Bruch fundamentaler Prinzipien müssen wir uns als

Wertegemeinschaft entgegenstellen. Bei den entsprechenden Resolutionen der Generalversammlung galt und gilt es Überzeugungsarbeit zu leisten und Führung zu zeigen, indem wir unsere Position vor den Abstimmungen gut begründen, Überzeugungsarbeit leisten und uns an die Spitze derjenigen stellen, die diese Resolutionen der Generalversammlung einbringen und verteidigen. Die deutsche Diplomatie ist weltweit tätig gewesen, um dafür Mehrheiten zu gewinnen.

Dennoch attestieren oftmals andere Staaten Deutschland mangelnde Führungsbereitschaft in den UN. Woher kommen diese Einschätzungen?

Aus meinen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus den Staaten anderer Regionen, beispielsweise aus Lateinamerika, wird deutlich, dass es keine Kritik an der mangelnden deutschen Führung ist, sondern viele Staaten es befürworten, wenn die Deutschen in den Vereinten Nationen mehr zu sagen hätten. Wir sehen das auch als ein Zeichen der Unterstützung für unsere Wiederwahl in den Sicherheitsrat. Aber wir übernehmen eben nicht nur Verantwortung, wenn wir im Sicherheitsrat sind: Bei Fragen beispielsweise zur Unterstützung von Frauen und Mädchen im Zuge der feministischen Außenpolitik oder bei der Rüstungskontrolle sind wir führend. Wir übernehmen Vorsitze und gehen in die Kernarbeit der multilateralen Tätigkeit, etwa kürzlich beim globalen Rahmenwerk zu Munition.

Der Umsetzungsdruck der SDGs betrifft uns gleichermaßen wie den so genannten Globalen Süden.

Das gilt auch für den Sicherheitsrat. Eine Sicherheitsratsreform ist dringend notwendig, und Deutschland ist bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Es geht um eine gerechtere Zusammensetzung des Rates und gleichzeitig geht es darum, dass wir die Dysfunktionalität des Rates insgesamt überwinden.

Ich denke, es ist ein gutes Zeichen, dass man von Deutschland dieses Gewicht spüren will. Das hören wir hier in New York immer wieder.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine prägt derzeit die Arbeit in den UN. Allerdings sind für manche Staaten, etwa aus dem Globalen Süden, andere Themen wichtiger. Wie bringen Sie die verschiedenen Perspektiven – Bewahrung der regelbasierten, internationalen Ordnung und die Inte-

ressen des Globalen Südens – in der deutschen UN-Politik zusammen?

Ich habe keine Dichotomie im Kopf, wenn ich bewerte, was wir hier tun und wie wir die Prioritäten setzen. Bei der Vorbereitung für den Gipfel zur Halbzeitbilanz der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) im September in New York zeigt sich klar, dass auch Deutschland und Europa insgesamt in der eigenen Umsetzung zurückgefallen sind. Das liegt vor allem an der COVID-19-Pandemie, den erhöhten Energiepreisen und der Inflation. Der Umsetzungsdruck der SDGs betrifft uns also erst einmal gleichermaßen wie den sogenannten Globalen Süden. Zutreffend ist aber, dass sich die Prioritäten und die Lage vieler Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) dramatisch anders und verschärft darstellen. Das heißt, wir müssen uns deren Anliegen aktiv annehmen.

Wir haben uns deswegen für die Moderation des Zukunftsgipfels (Summit of the Future) zusammen mit Namibia gemeldet, weil wir an dieses Projekt glauben. Es ist notwendig, den Ball des Generalsekretärs aufzunehmen und Antworten auf dringliche Zukunftsfragen für das multilaterale System zu finden. Das betrifft neben einigen Themensträngen auch die notwendige Anpassung des UN-Systems und Reformen institutioneller Art.

Das ist für mich eine dienende Aufgabe, keine Führungsfunktion, weil man in diesem großen Projekt letztlich nur mit dem arbeiten kann, was die Mitgliedstaaten einbringen und mittragen. Als sogenannte Ko-Fazilitatoren erleichtern wir die Meinungs- und Konsensfindung.

Die Arbeit an entwicklungspolitischen, an humanitären Themen und auch an Debatten im Sicherheitsrat zu Klima und Sicherheit oder WPS gehen wir als Ganzes an. Schauen Sie sich unsere Partner, die EU oder andere westliche Staaten an: Wir vollziehen eine globale Zeitenwende mit ihnen zusammen. Alle Staaten suchen jetzt nach verstärkter Zusammenarbeit mit globalen Partnern und versuchen, auf deren Prioritäten und Interessen noch stärker einzugehen. Die Vereinten Nationen spielen dabei eine zentrale Rolle: Sie sind ein wichtiger Ort, der oftmals als einzige Institution über die nötige Legitimation verfügt, um die unterschiedlichen Staaten dieser Welt zusammenzubringen und ein gemeinsames Vorgehen festzulegen. Die UN sind ein Ort, in dem jeder der 193 Mitgliedstaaten eine gleichwertige Stimme hat – anders als zum Beispiel im Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund – IMF). Die Bretton-Woods-Organisationen sind gerade deswegen Gegenstand von Reformdiskussionen, nicht zuletzt im Zuge der hohen Staatsverschuldungen von Ländern im Globalen Süden.

Auch im Bereich der Digitalisierung könnten viele Staaten abgehängt werden. Die digital fortgeschrittenen Weltregionen möchten die positiven Aspekte der Digitalisierung stärken und Governance in Form eines Globalen Digitalpakts (Global Digital Compact) entwickeln, um gemeinsame Regeln zu vereinbaren. Gleichzeitig ist der Anteil an Entwicklungsländern groß, die an der Digitalisierung nicht teilhaben und die bei der Bildung ihrer Kinder kaum digitale Fertigkeiten technischer und sozialer Art vermitteln können. Diese Schere wird sich weiter vergrößern. Der Klimawandel wird zudem einen ungeheuren Druck auf zum Beispiel Migration ausüben und Konflikte im Zusammenhang landwirtschaftlicher Produktion verschärfen. Schon aus eigenem Interesse müssen wir dazu beitragen, dass das UN-System besser funktioniert, indem wir uns diesen Gerechtigkeitsfragen widmen.

Ich kann verstehen, warum sich ein Staat, der selbst nicht zum Klimawandel beigetragen hat, fragt, warum er sich verpflichten soll, bei der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius seinen Beitrag zu leisten, wenn er dafür keine Unterstützung von den bereits entwickelten Ländern oder bei den großen Kohlenstoffdioxid-Emitenten China oder Indien bekommt. Wir können keine Beteiligung erwarten, wenn wir nicht auch bereit sind, in Unterstützungsleistung zu gehen und Prioritäten der Partner Raum zu geben.

Anlass für den Begriff der Zeitenwende ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine: Möglicherweise könnte langfristig ein Waffenstillstand oder ähnliches vor allem über die UN zwischen der Ukraine und Russland vermittelt werden. Wie würde Deutschland einen derartigen Prozess begleiten und gibt es szenarienartige Vorbereitungen dazu?

Das mandatierte Gremium für Fragen des Friedens und der internationalen Sicherheit ist der Sicherheitsrat. Dieser ist bekanntlich blockiert, weil ein Mitglied selbst der Aggressor in diesem Krieg ist. UN-Generalsekretär António Guterres hat in einer sehr schwierigen Lage das getan, was in seiner Macht steht: Er hat sich von Anfang an dazu bereit erklärt, als Mediator zur Verfügung zu stehen, wenn die erforderlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Dies ist im Moment aber nicht der Fall, sondern erst, wenn beide Seiten, vor allem die Ukraine als das Land, das von Russland angegriffen wurde, seine vermittelnde Rolle erbittet.

Aber auch darüber hinaus spielen die UN eine wichtige Rolle. Guterres hat von Anfang an versucht, in den Bereichen, in denen die Organisation Expertise und Verantwortung hatte, den Gesprächsfaden zu beiden Seiten aufrechtzuerhalten. So etwa mit dem Schwarzmeerabkommen über die Ausfuhr von Getreide, um auch die vom Mangel an

Getreidelieferungen besonders betroffenen Staaten zu unterstützen und die Getreidepreise wieder zu normalisieren. Dasselbe gilt für die Internationale Atomenergie-Organisation (International Atomic Energy Agency – IAEA), die sich um die fragile Lage im Kernkraftwerk Saporischschja kümmert. Guterres und weitere UN-Akteure haben sich also konkreten Problemen gewidmet und zugleich hat Guterres bereits zu Beginn des Krieges sehr klar gemacht, dass die russische Aggression einen Bruch der UN-Charta darstellt.

Wir müssen einer Blockbildung in den UN entgegentreten und wenden uns deshalb dem Globalen Süden zu.

Ich finde bemerkenswert, wie stark sich das UN-Entwicklungsprogramm (United Nations Development Programme – UNDP) und das UNHCR in der Ukraine engagieren. Das war zwar aus der Sicht der betroffenen Ukrainerinnen und Ukrainer manchmal noch unzureichend, aber das ist angesichts der Brutalität dieses Krieges ein sehr erhebliches Engagement, was die Vereinten Nationen humanitär und im Entwicklungsbereich aufgelegt haben.

Ich sehe also durchaus eine Bereitschaft des UN-Systems, unterstützend aktiv zu werden, aber eben nur, wenn die Voraussetzungen stimmen.

Viele schauen im Rahmen der ›Zeitenwende‹ auf eine zu stärkende EU oder auf die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO). Welche strategische Rolle übernehmen aber die UN in diesem Paradigmenwechsel?

Wie man am Engagement sowohl Chinas wie auch – zuletzt deutlich abnehmend – Russlands beobachten kann, wird sehr viel Wert darauf gelegt, die UN zu bespielen. China hat durchaus den Willen, humanitär, entwicklungspolitisch und sogar finanziell zum UN-System beizutragen. Die UN-Charta bietet einen Legitimationsrückhalt, ein globaler Akteur zu sein. Diese legitimatorische Funktion der UN ist eine sehr starke im Kontext der Zeitenwende. Wir stellen aktuell eine starke Polarisierung in den UN fest, wie sie es vielleicht so zuletzt in den 1970er Jahren vor dem Hintergrund des Nord-Süd-Konflikts gab. Wir müssen einer solchen Blockbildung in den UN aber entgegentreten und wenden uns auch deshalb dem sogenannten Globalen Süden und seinen Prioritäten intensiv zu. Die überwältigende Mehrheit der Staaten hat ein Inte-

resse an multilateraler Kooperation und will keine Lagerbildung. Denn außer den Vereinten Nationen gibt es keinen Ort, an dem globale Themen wirklich international bearbeitet werden..

In der jüngst verabschiedeten ersten nationalen Sicherheitsstrategie betont die Bundesregierung, dass Deutschland sich »weiterhin« an UN-Friedensmissionen beteiligen wird. Angesichts der Schwerpunktverlagerung hin zur Bündnis- und Landesverteidigung sowie der Krise der UN-Friedenssicherung: Bedeutet dies, dass sich Deutschland in Zukunft weniger an UN-Friedenseinsätzen beteiligen wird?

Der Einsatz in Mali war im Jahr 2013 einer der letzten großen Missionen, die überhaupt im Sicherheitsrat beschlossen wurden. Seitdem hat es nur Mandatsverlängerungen oder Umwandlungen in politische Missionen wie in Sudan gegeben. Die Missionen, die nicht eingestellt wurden, stehen teilweise unter Druck. Das ist die Diskussionslage. Es gibt derzeit zwölf UN-Friedensmissionen und davon nur sehr wenige, bei denen das Konzept, den Frieden zu erhalten, ein wirklicher Erfolg ist.

Die internationale Finanzarchitektur funktioniert nicht mehr als Sicherheitsnetz für die globale Gemeinschaft.

Das hängt nicht unbedingt mit der globalen Zeitenwende zusammen, sondern mit einem veralteten Konzept der Friedensmissionen. Darauf wurde in der Vergangenheit schon mit der Erweiterung um politische und Polizeimissionen reagiert, aber das Konzept muss weiter angepasst werden. Gleichzeitig gibt es technologische Entwicklungen, die sich problematisch auf Friedensmission auswirken. Es geht also auch um die Frage, wie Desinformationen über Friedenssicherungsmissionen, die häufig vor Ort in undurchsichtigen Prozessen durch soziale Medien verbreitet werden, entgegengetreten werden kann. In der Demokratischen Republik Kongo oder in der Zentralafrikanischen Republik hat es große Kampagnen gegen die UN-Präsenz gegeben. Wir müssen die UN in die Lage versetzen, sich dagegen zu wehren, und das tun wir auch.

Wir werden uns weiter an UN-Friedensmissionen beteiligen – auch mit Hochwertfähigkeiten oder mit Stabsfunktionen – wo es Sinn ergibt. Wir sind in Südsudan, in der Westsahara oder in Libanon vertreten. Deutschland ist der viertgrößte Bei-

tragszahler in der Friedenssicherung. Wir haben einen großen strategischen Beitrag gerade beim Schutz von Zivilpersonen und Frauen in Friedensprozessen geleistet und bei der Nutzung neuer Technologien.

Wir beteiligen uns an den Reformüberlegungen. Die Instrumente der UN-Friedenssicherung sind immer noch ein besonders legitimes Mittel, sicherheitspolitisch einzugreifen oder in Konfliktsituationen weltweit hilfreich zu sein. Insofern wird Deutschland seine Unterstützung nicht zurückfahren. Es wird aber zunehmend schwierig, mit den alten Konzepten erfolgreich zu sein. Als eine Perspektive unterstützen wir die laufenden Arbeiten, afrikanisch-geführte Friedenssicherung zu stärken.

Deutschland und Namibia übernehmen die Rolle der Ko-Fazilitatoren für den bevorstehenden UN-Zukunftsgipfel im Jahr 2024: Welche Schwerpunkte möchte die Bundesregierung hier setzen und diese zum SDG-Halbzeitbilanzgipfel in diesem September in New York vorstellen? Und welche Diskussionen laufen derzeit unter den Staaten zur Vorbereitung dieses wichtigen Zukunftsgipfels?

Der Zukunftsgipfel steht unter dem Motto, den Multilateralismus mit den UN im Zentrum effektiver zu gestalten. Es geht zurück auf die Erfahrungen in der COVID-19-Pandemie und der letzten Jahre, die dazu geführt haben, dass António Guterres anlässlich des 75. UN-Geburtstags in der Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs den Auftrag bekommen hat, eine ›Gemeinsame Agenda‹ (›Our Common Agenda‹) zu entwerfen. Diese stellte er im September 2021 vor. Darin sind vor allem Reformbedarfe des Multilateralismus und der UN identifiziert. Zwei wesentliche Reformtreiber habe ich schon genannt: Das eine ist die Klimakrise samt ihrer extremen Folgen; das zweite ist die Digitalisierung.

Darüber hinaus gibt es die Erkenntnis, dass das derzeitige Entwicklungssystem, aber auch die internationale Finanzarchitektur als Sicherheitsnetz für die gesamte globale Gemeinschaft nicht mehr funktioniert, insbesondere für die ärmsten, vulnerabelsten Entwicklungsländer. Das System ist nicht darauf ausgerichtet, weil es mittlerweile Jahrzehnte alt ist. Es geht nicht darum, es vollkommen zu verwerfen, aber es wird zum Beispiel kritisiert, dass das Grundkapital der Weltbank bei weitem nicht ausreicht. Bei Entwicklungsfragen, Fragen der Verschuldung und der Manövrierfähigkeit bei globalen externen Schocks – Klimawandel, Naturkatastrophen oder Pandemien –, sind solche Staaten nicht in der Lage, finanzpolitisch zu reagieren. Schuldenmora-torien sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und die Diskrepanz zwischen den entwickelten und den weniger entwickelten Ländern droht weiter zu wachsen. Dem müssen wir entgegenwirken.

Wir möchten diese Themen verknüpfen und arbeiten an einer Tagesordnung. Noch gibt es keinen gemeinsamen Beschluss, welche Fragen für welche Mitgliedstaaten so wichtig sind, dass sie auf die Agenda des Zukunftsgipfels gehören. Es ist nicht einfach, den Zukunftsgipfel vorzubereiten, weil es sehr hohe Erwartungen gerade von Seiten der Entwicklungsländer gibt, die Dinge zu verändern und in ihrem Sinne nicht nur zu reformieren, sondern zu revolutionieren. Es wird eine teilweise ideologisierte Debatte darüber geben, was bei einem solchen Zukunftsgipfel aus Sicht der jeweiligen Staaten auf die Agenda gehört und verändert werden kann.

Wir unterstützen diesen Prozess, weil er für den Erhalt des Multilateralismus wichtig ist. Wir teilen die Erkenntnis, dass es Reformen geben muss. Was das Ergebnis sein wird, kann ich noch nicht voraussagen. Wir müssen etwas ändern und vor allem unsere Bereitschaft zeigen, das System zu transformieren und denen in ihren Argumenten ernsthaft zuzuhören, die sagen, es ist nicht mehr funktionsfähig. Wir wollen auch nicht zwischen der Bewältigung der Klimakrise und Entwicklungsfragen entscheiden. Wir können beides nur gemeinsam meistern. Deswegen ist eine nachhaltige Entwicklung so wichtig und dafür braucht es klügere und nachhaltigere Finanzierungsmittel.

Deutschland möchte für die Jahre 2027 und 2028 wieder als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat kandidieren und konkurriert mit Österreich und Portugal aus der Gruppe Westeuropa und andere. Für wie sicher halten Sie die Wiederwahl?

Ich bin davon überzeugt, dass die Chancen und die Möglichkeiten, die uns die Übernahme des nichtständigen Sitzes ermöglichen, die Risiken der strittigen Kandidatur bei weitem überwiegen. Nicht nur die anderen sind starke Mitbewerber, sondern auch wir. Es ist im Übrigen keine Ausnahme, da es auch in anderen Regionalgruppen häufig mehrere Kandidaturen gibt. Für Deutschland kommt es jetzt darauf an, ins Licht zu setzen, was wir für die UN und die internationale Gemeinschaft zu bieten haben. Das ist ziemlich viel.

Gibt es vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine aktuelle, substantielle Initiativen zur Reform des Sicherheitsrats?

Wir setzen uns schon sehr lange im Verbund der Gruppe der Vier (G4) mit Brasilien, Indien und Japan für eine Reform des Sicherheitsrats ein und haben Vorschläge dafür vorgelegt. Und wir wollen bei einem Reformbeschluss, einer Charta-Änderung, für einen ständigen Sitz kandidieren. Die Dynamik hat sich natürlich durch den russischen Angriffskrieg geändert, auch wenn es die zunehmende Dysfunktionalität des Sicherheitsrats schon vorher

gab. In der langjährigen Befassung in der Gruppe für zwischenstaatliche Verhandlungen (Intergovernmental Negotiations – IGN), die dafür zuständig ist, geht es zurzeit stark um die Position afrikanischer Staaten. Afrika will eine Behandlung auf Augenhöhe inklusive Vetorecht. Das sind Entwicklungen, die schon seit Jahrzehnten brodeln, da kein afrikanischer Staat einen ständigen Sitz im Rat hat.

Seit der Rede von US-Präsident Joe Biden während der vergangenen Generaldebatte im September 2022 ist etwas Dynamik in den Prozess gekommen. Er kündigte an, dass die USA Gespräche dazu führen. Ob das zum Erfolg führt, ist noch offen, denn die politischen und rechtlichen Hürden sind hoch. Die Reform des Sicherheitsrats wird wahrscheinlich auch auf der Agenda des Zukunftsgipfels stehen.

Was für eine deutsche UN-Politik wünschen Sie sich für die nächsten 50 Jahre?

Mein wichtigster Wunsch wäre, dass wir die zukünftigen Generationen in den Mittelpunkt stellen. Es geht darum, ihre Rechte zu wahren, indem wir ihnen einen Planeten hinterlassen, auf dem sie überhaupt leben können – der biodivers ist, dessen Ozeane geschützt sind und wo die Klimaziele eingehalten werden. Das ist eine große Herausforderung. Gleichzeitig müssen wir das UN-System effektiver machen und das multilaterale System stützen. Es reicht nicht, es nur zu bewahren, wir müssen es transformieren.

Das Interview fand am 7. Juli 2023 online statt. Die Fragen stellte Dr. Patrick Rosenow, Leitender Redakteur der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN.

English Abstract

Antje Leendertse

»We Are Embarking on a New Global Era«. pp. 154–159

Antje Leendertse, Permanent Representative of Germany to the United Nations in New York talks in this interview about German UN policy, priorities for the Summit of the Future in 2024 and prospects for Security Council reform. She emphasizes that after 50 years of German UN membership, Germany wants to prevent the polarization at the UN in order to tackle the need for transformation together with the Global South. In the run-up to the Summit of the Future, co-facilitated by Germany and Namibia, there are still many ongoing discussions and lingering controversies. Security Council reform is also being discussed again.

Keywords: Deutsche UN-Politik, Gipfel, Mitgliedschaft, Multilateralismus, Reform Sicherheitsrat, German UN policy, summit, membership, multilateralism, Security Council reform